

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Armutsbekämpfung

Wien ist Werbekaiser unter den Bundesländern: 2022 wurden um 25,3 Millionen Euro Inserate, Banner und Spots gebucht. Im rot regierten Rathaus sitzt das Geld besonders locker - Stichwort „System Faymann“. Gemeint ist damit wohlwollende Berichterstattung parallel zu üppigen Werbeschaltungen des langjährigen Wiener Wohnbaustadtrats und späteren Ministers und Kanzlers Werner Faymann.

Wien ist unter den Bundesländern Anzeigenkaiser. Im Vorjahr kaufte die Bundeshauptstadt, wie vor kurzem bekannt wurde, um 25,3 Millionen Euro Inserate, Banner, Spots und dergleichen in Medien. Der Wert basiert auf Daten, die die Stadt bei der Medienbehörde Komm Austria eingemeldet hat. Nicht inkludiert sind Ausgaben ausgelagerter städtischer Unternehmen, wie beispielsweise Werbeeinschaltungen der Wien Energie GmbH oder der Unternehmung Wiener Wohnen. Wien gab somit mehr Geld aus als die anderen acht Bundesländer zusammen. Die Werbebuchungen des Bundes waren im Vorjahr um 3,6 Millionen höher als jene der Hauptstadt: Türkis-Grün steckte im Vorjahr 28,9 Millionen Euro in Anzeigen. Spitzenreiter war das grüne Klimaministerium mit 6,5 Millionen Euro, gefolgt vom „türkisen“ Kanzleramt mit 5,8 Millionen Euro. Mit zuletzt 25,3 Millionen Euro Werbeausgaben ist Wien nicht weit von seinem Rekord seit Einführung der Pflichtmeldungen entfernt.

Demgegenüber sind **17,5% der österreichischen Bevölkerung**, 1.555.000 Menschen, **armuts- oder ausgrenzungsgefährdet**, d.h. das Einkommen liegt unter der Armutsschwelle oder die Personen sind erheblich materiell depriviert oder leben in Haushalten mit keiner/ sehr geringer Erwerbsintensität. **14,8%**, 1.314.000 Menschen, sind **armutsgefährdet**, d.h. haben ein Einkommen unter der Armutsschwelle. **2,3%**, 201.000 Menschen, sind "erheblich materiell depriviert", darunter fallen Haushalte, die so ein geringes Einkommen haben, dass wesentliche Güter/ Lebensbereiche nicht leistbar sind - z.B. Waschmaschine, Handy, Wohnung angemessen warm zu halten, ein Mal im Jahr auf Urlaub zu fahren, unerwartete Ausgaben bis zu 1.160 € etc.. Besonders in Wien, wo die Teuerung entgegen aller SPÖ-Bekundungen auf Bundesebene in allen Lebensbereichen ständig weiter steigt, nimmt die Zahl der am Existenzminimum lebenden Menschen weiter zu.

Besonders gefährdet sind Kinder, Frauen im Alter, Alleinerzieherinnen oder Langzeitarbeitslose.

Mit großen Problemen sind auch Menschen mit chronischer Erkrankung konfrontiert. Und die hohen Wohnkosten bringen viele an den Rand der Verzweiflung. Über ein Fünftel aller Armut- und Ausgrenzungsgefährdeten sind Kinder (22%, das entspricht 353.000 Kindern im Alter 0-17 Jahre). Von in Ein-Eltern-Haushalten lebenden Kindern sind mehr als die Hälfte (52%) armut- oder ausgrenzungsgefährdet; Familien mit mindestens drei Kindern zu 30%. Unter den Pensionsbeziehenden sind alleinlebende Frauen mit 28% ebenfalls überdurchschnittlich betroffen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für verstärkten Einsatz im Kampf gegen Armut aus und fordert die Bundesregierung, den zuständigen Bundesminister für Finanzen, den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe „Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke“ als auch den Bürgermeister der Stadt Wien auf, umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung von Existenznot zu schaffen bzw. in die Wege zu leiten, insbesondere die Finanzmittel für Inserate und Werbeeinschaltungen deutlich zu reduzieren und die frei werdenden Mittel für soziale Abfederung einzusetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

